



Herr Stadtverordnetenvorsteher
Herbert Anders
Rathaus

Bad Vilbel, 11. August 2019

Am Sonnenplatz 1
61118 Bad Vilbel

Sehr geehrter Herr Anders,
wir möchten Sie bitten folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 10. September 2019. Wir bitten den Antrag vorher im Haupt- und Finanzausschuss beraten zu lassen. Die Redezeit bitten wir auf 60 Minuten festzusetzen.

**Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der FW-Fraktion
„Starke-Heimat- Hessen“**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Stadt Bad Vilbel, die Hessische Landesregierung aufzufordern, die Regelung zum Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage im Rahmen des „Starke-Heimat-Gesetzes“ zu überarbeiten und das kommunale Geld direkt und ohne Umverteilung in den Kommunen zu belassen.

Begründung:

Die Mittel aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage wurden 1995 für die Tilgung des Fonds Deutsche Einheit und des Solidarpakt II zweckgebunden eingesetzt. Dieses kommunale Geld gehört aber den Kommunen und darf nicht zu großen Teilen von der Landesregierung umverteilt werden. Das widerspricht der kommunalen Selbstbestimmung. Derzeit will das Land nur 25 Prozent des Geldes in den Städten und Gemeinden lassen und den Rest über den Kommunalen Finanzausgleich und Förderprogramme umverteilen. Die Kommunen wissen aber selbst viel besser, wie sie das ihnen zustehende Geld am sinnvollsten einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Kühl
Fraktionsvorsitzender

Reimo Biere
Fraktionsvorsitzender